

# Mehr Einigkeit unter den Ökonomen für mehr Gehör in der Öffentlichkeit?

Von Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker | 06.06.2013

Wolfgang Schlage, einer unserer Leser, hat auf das [Interview von Heiner Flassbeck mit dem Handelsblatt](#) vom 29.5.2013, in dem es auch um die AfD ging, folgenden Kommentar verfasst: "Herr Flassbeck hat in seiner Ursachenanalyse in fast allem völlig recht, auch darin, dass Herr Lucke von der AfD die Anpassungsschwierigkeiten für Deutschland (die es sicher gibt, auch wenn deren Ausmaß ganz ungewiss ist) und Deutschlands Mitverantwortung für die Krise eher herunterspielt. ... [D]ie von der AfD vorgeschlagene Aufbrechung der Euro-Zone [löst] die von Flassbeck richtig gesehenen Probleme... Das müsste Heiner Flassbeck eigentlich auch gefallen."

Er schreibt uns in Reaktion auf unsere [mehrfach geäußerte Kritik](#) an der AfD folgendes: "Meine Ansicht ist, dass man die Details der Überwindung dieser Krise (mit oder ohne Euro) erst dann sinnvoll diskutieren kann, wenn man sich auf die Diagnose 'Zahlungsbilanzkrise / Leistungsbilanzkrise' geeinigt hat sowie darauf, dass das Ignorieren dieses Problems zu Gunsten des Streitens um Staatsschulden fatal für Europa sein wird. ... Solange sich aber die Ökonomen verschiedener Richtungen, selbst wenn sie diese Grunddiagnose teilen, gegenseitig ihre Kompetenz absprechen, wird eine solche Diskussion nicht stattfinden, weil dann die Öffentlichkeit keinem dieser Ökonomen zuhört. ... Deshalb wäre mein Vorschlag, dass die Ökonomen, die sich über das Zahlungsbilanzproblem im Prinzip einig sind, sich erst einmal gegenseitig lang und breit loben, sich gegenseitig Kompetenz zusprechen und die Gemeinsamkeiten betonen. Nur dann wird das Publikum anfangen, den Ökonomen als Gruppe überhaupt zuzuhören. Wenn das erreicht ist, wird sich eine Diskussionsmöglichkeit um die Lösungsmöglichkeiten ... beinahe automatisch entwickeln, einfach weil dann das Publikum endlich bereit sein wird, Einzelheiten zu hören."

Hier wird ein wichtiges Anliegen vorgebracht von jemandem, dem es offenbar darum geht, wirklich etwas zum Guten zu bewegen: Mehr Einigkeit unter den Ökonomen, um mehr Gehör zu finden und dadurch mehr Konkretes in der Wirtschaftspolitik zu bewirken. In einer Demokratie gehört es zum täglichen Handwerkszeug, Koalitionen zu schmieden und nach Kompromissen zu suchen. Dass dazu ein vernünftiger Ton gehört, der den Respekt vor dem anderen Menschen mit zum Ausdruck bringt, auch und gerade wenn er anderer Ansicht ist als man selbst, ist wichtig und richtig. Das mag in mancher hitzigen Debatte schwerfallen. Hinzu kommt, dass ein pointierter Ausdruck für manche Les-

er und manchen Autor das Salz in der Suppe ist, manchmal auch buchstäblich die Sache am besten auf den Punkt bringt, so dass sie leichter und schneller verstanden wird. Trotzdem sollte alles, was einer sachlichen und produktiven Debatte im Wege steht, hintangestellt werden. Das Streiten um seiner selbst willen, Rechthaberei oder persönliche Einzelfehden bringen nichts.

In der Wissenschaft selbst aber geht es, anders als in der Demokratie, nicht um Kompromisse und Koalitionen, sondern um Erkenntnis und Logik. Und die haben auch in den Sozialwissenschaften, obwohl sie dort nicht wie etwa in den Naturwissenschaften sozusagen im Reagenzglas ausgelotet werden können, nichts mit Mehrheiten zu tun. Intellektuelle Klarheit ist etwas ganz anderes als Rechthaberei. Sie ist unerlässlich, weil ohne sie keine logisch konsistenten Lösungen erarbeitet werden können. Und logische Konsistenz ist eine notwendige (wenn auch keine hinreichende) Bedingung für den Erfolg eines Lösungsvorschlags zur gegenwärtigen Krise.

Und da fängt das Problem mit dem von dem Leser vorgeschlagenen gegenseitigen Loben und Kompetenz Zuerkennen an. Zwar ist es ein erfreulicher Fortschritt, dass sich auch in Deutschland die Erkenntnis zunehmend verbreitet, dass der Kern der Eurokrise in den Handelsungleichgewichten zwischen den Euroländern besteht und nicht in der Verschuldung der öffentlichen Hand. Doch ist diese Erkenntnis den meisten Fachleuten offenbar von der schier erdrückenden Empirie aufgezwungen worden – man erinnere sich etwa nur daran, dass erst die Entdeckung der Target II-Salden Hans-Werner Sinns Interesse für die Leistungsbilanzungleichgewichte geweckt hat. Oder daran, wie verzweifelt man nach Erklärungen für Japan sucht, das trotz seiner horrenden Staatsverschuldung keine prohibitiv hohen Kapitalmarktzinsen zahlen muss, stattdessen aber hohe Außenhandelsüberschüsse erzielt.

Die Erkenntnis der zentralen Bedeutung der Handelsungleichgewichte für die Eurokrise stammt bei den meisten, die sie gewonnen haben, nicht aus einer theoretisch-logischen Überlegung (dann wäre die Erkenntnis wohl auch früher gereift und die fatale Entwicklung in der Eurozone hätte frühzeitiger gestoppt werden können), sondern die bisherigen neoliberalen Modellvorstellungen müssen nun mühsam hingebogen werden, um die Empirie unter Aufrechterhaltung des eigenen Weltbildes erklären zu können. Und das ist wiederum der Grund, warum jegliche Gemeinsamkeiten zwischen uns und der AfD bzw. anderen Ökonomen, die die Handelsungleichgewichte in den Mittelpunkt der Diskussion stellen, sofort wieder aufhören. Denn der nächste Knackpunkt ist selbstverständlich, wie man die Entstehung der Ungleichgewichte erklärt. Das ist deshalb so zentral, weil von der Stichhaltigkeit dieser Erklärung der Lösungsvorschlag abhängt, wie man die Krise beenden kann. Da geht es nicht um eine "Detaildiskussion", sondern um den Kern, wie eine Marktwirtschaft tatsächlich funktioniert und wie man sie zugrunde richten oder sinnvoll steuern kann.

Bernd Lucke sieht eine [schlechtere Arbeitsmoral der Südeuropäer](#) im Vergleich zu den Deutschen als wichtige Ursache der Verschuldung südeuropäischer Länder im Ausland. Dass er mit einem nationalen Gefälle in der Arbeitsmoral, selbst wenn es tatsächlich existierte, als Krisenursache sachlich gesehen vollkommen falsch liegt, haben wir bereits [hier](#) (am Ende des Beitrags) erklärt. Dass die Art, wie er diese Ansicht im FAZ-Interview äußert, gegen jeden guten Geschmack verstößt, weil sie unüberhörbar nationalistische Untertöne enthält (als ob es nicht auch hierzulande fleißige und weniger fleißige Menschen gäbe und als ob nicht die Kapitalstockausstattung ganz wesentlich über die Produktivität eines Menschen entschieden), haben wir bereits [hier](#) angemerkt und ist einer der

Gründe, warum wir vor solchen Einschätzungen warnen.

Doch der für diesen Beitrag springende Punkt ist, dass diese verkehrte Ansicht von Bernd Lucke *Auswirkungen auf den Weg hat, den die AfD beschreiten will*. Wenn nämlich die Südeuropäer aus dem Euro austräten und abwerteten, würde die dann in Deutschland verwendete Währung aufwerten und den Nettoexporten den Garaus machen. Das hätte zwangsläufig negative Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt (worüber die AfD ja nicht gern spricht, soweit wir deren Verlautbarungen wahrgenommen haben). Und jemand, der wie Bernd Lucke denkt, würde den dann arbeitslos werdenden Deutschen raten, doch einfach etwas mehr Arbeitsmoral aufzubringen und bereit zu sein, für weniger Lohn zu arbeiten, um wieder einen Arbeitsplatz zu ergattern. Denn wenn Leute wirtschaftlich nicht zurecht kommen, ist die naheliegende Erklärung ja offenbar die, dass es an ihrer Arbeitsmoral liegt. Und dann beißt sich die Katze in den Schwanz: Dann würden wir in Deutschland dasselbe Lohn-dumping-Spiel spielen wie bisher, nur mit dem Unterschied, dass dank anhaltender Aufwertung keine Exportüberschüsse mehr das Elend am deutschen Arbeitsmarkt lindern helfen würden. Und der Druck, der dann auf einem ständig wachsenden Teil der deutschen Bevölkerung lasten würde, dürfte die Stabilität unserer Demokratie ernsthaft gefährden. *Und dieser Gefahr wollen wir nicht auch noch dadurch Vorschub leisten, dass wir einen Ökonomen wie Bernd Lucke loben und ihm Kompetenz zusprechen.*

Ein weiteres Beispiel, an dem wir zeigen wollen, warum wir auch zu anderen Ökonomen Abstand halten, obwohl sie die Handelsungleichgewichte als zentrale Ursache der Eurokrise erkannt haben: Hans-Werner Sinn sieht genau wie wir, dass hinter den Ungleichgewichten das jahrelange Auseinanderlaufen der Inflationsraten steht. Ob er auch zugestehen würde, dass das in erster Linie mit dem Auseinanderlaufen der nationalen Lohnstückkosten zu tun hat, ist nicht gewiss. (Denn er argumentiert in der Regel monetaristisch, und im Monetarismus bestimmt bekanntlich die Geldpolitik die Inflationsrate, nicht die Lohnpolitik; er würde möglicherweise lieber die Konsumfreudigkeit der Südeuropäer für die Preisentwicklung verantwortlich machen in Kombination mit der großzügigen Kreditvergabe südeuropäischer Banken und mit den hohen deutschen Ersparnissen, die nach Anlagemöglichkeiten im Ausland suchten.) Ob Hans-Werner Sinn dann auch noch einräumen würde, dass für die Lohnstückkostendivergenz maßgeblich die Lohnpolitik in den verschiedenen Ländern verantwortlich zeichnet, ist noch ungewisser. Dann aber würde er sicher nicht mehr den entscheidenden Schritt mitgehen zu sagen, dass es falsch war, dass die deutschen Löhne hinter der goldenen Lohnregel zurückgeblieben sind (oder er würde dies als unabänderliches "Markt"ergebnis einstufen, auf das die Politik, insbesondere die Agenda 2010, keinen Einfluss gehabt geschweige denn bewusst genommen habe). Im Zweifel würde er nur monieren, dass das Lohnwachstum in Südeuropa über der goldenen Lohnregel gelegen hat.

Warum wir das vermuten? Nun, weil Hans-Werner Sinn die Lohnmoderation in Deutschland bis hin zu absoluten Lohnsenkungen im zweistelligen Prozentbereich in den vergangenen 20 Jahren selbst vehement gefordert hat als Allheilmittel gegen die deutsche Arbeitslosigkeit. Durch das Konzept der sog. aktivierenden Sozialhilfe, das er in dem von ihm geleiteten Wirtschaftsforschungsinstitut ifo entwickelt hat und das er selbst als Wegweisenden Vorläufer der Hartz-IV-Gesetzgebung ansieht, ist die Lohnmoderation in Deutschland unserer Ansicht nach überhaupt erst salonfähig und in dem Umfang in den Lohnverhandlungen durchsetzbar geworden, wie wir es erlebt haben. Mit anderen

Worten: Hans-Werner Sinn hat am deutschen Lohndumping erheblichen Anteil. Wenn dieses jedoch ursächlich für die Preisniveaudivergenzen im Euroraum und damit für die Handelsungleichgewichte ist (was wir in vielen Beiträgen theoretisch begründet und empirisch belegt haben), dann hat Hans-Werner Sinn am Grab des Euro fleißig mitgeschaufelt. Diese Vorgeschichte kann man unserer Ansicht nach schon mit Rücksicht auf die Menschen, die darunter bereits massiv zu leiden hatten, nicht einfach unterschlagen und diesem Ökonomen Kompetenz in Sachen Beurteilung der Eurokrise zusprechen.

Denn nicht aus Rechthaberei oder aus dem Wunsch heraus, Hans-Werner Sinn Abbitte leisten zu sehen, erzählen wir diese Vorgeschichte, sondern aus der gleichen Sorge wie bei Bernd Luckes Ansichten: Lohnmoderation und erst recht Lohndumping als Mittel zur Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit gehören aus dem Instrumentenkasten der Wirtschaftspolitik verbannt, weil sie der [makroökonomischen Logik einer Marktwirtschaft und den berechtigten Interessen der Handelspartner](#) zuwiderlaufen. Solange das aber nicht klar und deutlich geäußert wird, besteht die Gefahr, dass dieses Mittel jederzeit wieder eingesetzt wird, sobald sich die Krise auch hierzulande verschärft.

Fazit: Die Zerstrittenheit, die unser Leser kritisiert, hat also einen sehr konkreten, tief greifenden Hintergrund. Wir sehen uns in der Verantwortung gegenüber unseren Lesern, die sich die Mühe machen, unsere Analysen zu verstehen, und sich auf diese Weise ein eigenständiges Urteil bilden wollen. Durch Aufklärung in Sachen Ökonomie Mehrheiten für die ökonomische Vernunft zu ermöglichen, scheint uns das beste Ziel unserer Arbeit als Wissenschaftler zu sein. In diesem Rahmen sind wir für konstruktive Auseinandersetzungen jederzeit zu haben, für taktische Spielchen jedoch nicht. Politische Mehrheiten sollen die Politiker organisieren, die hoffentlich auf zunehmend kritische Wähler stoßen. Wenn uns eine solche Bemühung einleuchtet, [unterstützen](#) wir sie auch gern, wie man an unserer Unterzeichnung des [Aufrufs "Europa geht anders"](#) sehen kann.

Ein Wort zum Schluss: Erich Kästner hat 1933 in seinem Kinderbuch "Das fliegende Klassenzimmer" in kluger und im Nachhinein betrachtet geradezu erschütternder Voraussicht geschrieben: "An allem Unrecht, das geschieht, ist nicht nur der Schuld, der es begeht, sondern auch der, der es nicht verhindert." Ob wir dem aus diesem Satz ableitbaren Anspruch gerecht werden, wissen wir nicht.

## Über den Autor

---

Veröffentlicht am: 06.06.2013

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2013/06/mehr-einigkei-ter-der-ökonomen-für-mehr-gehör-in-der-offentlichkeit/>